

Vorschläge der Stadtverwaltungen.

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs hat beschlossen, an die Regierung mit folgenden Forderungen heranzutreten: Wirksame Einschränkung des Fleischgenusses der wohlhabenden Bevölkerung. Schaffung

von Landesviehverwertungsstellen. Verzeichnung des von den Händlern gezahlten Viehpreises auf den Viehpässen und Registrierung der Verkaufspreise auf den Märkten bei gleichzeitigem Verbot des Handels ab Stall und des sogenannten Handels auf dem Fuße. Nichtanwendung der Verordnung über die Höchstpreise für Fett auf Auslandsbezüge. Probeschlachtungen in den größeren Gemeinden behufs sachgemäßer Festsetzung der Detailverkaufspreise. Ferner wurde beschlossen, von der Regierung die Freigabe des Saccharins für den Verbrauch und Maßnahmen gegen den übermäßigen Verbrauch von Zucker, Kaffee, Tee usw. in den Kaffeehäusern während der Nachtzeit zu verlangen. Ferner kamen verschiedene laufende Angelegenheiten, darunter Fragen des Städtecredits und der Jugendfürsorge (Verbot des Tabakrauchens und des abendlichen Gasthausbesuches jugendlicher Personen) zur Sprache.